



# Medieninformation

## 420 Euro Hartz IV absolute Untergrenze

ERLACHER HÖHE bietet Mitarbeit in Sachverständigen-Gremium an

**Die ERLACHER HÖHE fordert hinsichtlich der anstehenden Neuregelung von Hartz IV realitätsnahe, bedarfsgerechte Regelsätze. 420 Euro seien dabei die Untergrenze für einen langzeitarbeitslosen Single. Die diakonische Einrichtung hält es für erforderlich, ein Sachverständigen-Gremium zu gründen, das zukünftig über die Einhaltung auskömmlicher Regelsätze wacht.**

(Großarlach, 3. August 2010) Die ERLACHER HÖHE begrüßt grundsätzlich die anstehende Neuberechnung der Regelsätze, zu der die Regierung nach dem bundesrichterlichen Urteil vom 9. Februar verpflichtet ist. Das diakonische Unternehmen betont aber, dass es nun auf das eingesetzte Berechnungsverfahren ankomme. „Zentral ist, dass die Regelsätze den Menschen ermöglichen, eigenverantwortlich auf Basis einer realitätsgerechten Bedarfsermittlung zu wirtschaften. Bedarfsgerecht sind die Sätze aber erst, wenn sie neben der Existenzsicherung z. B. auch die Felder kulturelle Teilhabe, Gesundheit, Mobilität, Mediennutzung, Bildungskosten und vor allem tatsächliche Wohnkosten einbeziehen!“, gibt Wolfgang Sartorius, Leiter der ERLACHER HÖHE zu bedenken. Aus derzeitiger Sicht seien für einen alleinstehenden Erwachsenen 420 Euro Regelsatz pro Monat zuzüglich der tatsächlichen Wohnkosten die absolute Untergrenze, um ein Leben in Würde zu sichern. Die ERLACHER HÖHE schlägt vor, ein Sachverständigen-Gremium aus Wissenschaft, Tarifparteien und Wohlfahrtsverbänden zu gründen. Dieses sollte der Regierung beratend zur Seite stehen und über die Einhaltung auskömmlicher Regelsätze wachen. „Damit würden endlich auch PraktikerInnen sozialer Arbeit aktiv beteiligt, die die alltägliche Bedarfslage aus ihrer Arbeit tatsächlich kennen. Gerne bietet die ERLACHER HÖHE hier ihr Know-how an“, so Sartorius. Kritisch sieht man auf der ERLACHER HÖHE die Debatte um das Lohnabstandsgebot. Diese sei scheinheilig. „Wenn inzwischen ein Fünftel der Erwerbstätigen im Niedriglohnbereich arbeitet, kann es nicht ausbleiben, dass der Abstand zwischen durch Transferleistungen wie Hartz IV gesichertem Existenzminimum und Niedriglohneinkommen kleiner wird“, so Sartorius. Auch der von der Sozialministerin Ursula von der Leyen vorgeschlagene Bildungspass für Kinder aus Hartz-IV-Familien sei grundsätzlich kritisch zu sehen. Mit ihm sollen diese künftig Leistungen wie Schulessen oder Nachhilfe beziehen können. Für Sartorius ist diese Lösung nur dann gangbar, wenn der Gutschein unabhängig vom Sozialleistungsbezug ausgegeben wird und insofern keine Stigmatisierung durch diese Praxis droht. Als hoch problematisch erachtet er die in der Debatte um die Hartz-IV-Kindersätze latent mitschwingende Unterstellung, Eltern in Hartz IV seien weniger zuverlässig oder würden ihr Geld „verprassen“: „Kein Mensch käme auf die Idee, Eltern ohne Hartz-IV-Bezug vorzuschreiben, wie sie die Gelder für ihre Kinder zu verwalten haben. Dies zeigt, welches Bild von eigenverantwortlichen Bürgern unsere Arbeitsministerin tatsächlich hat.“

<b>Herausgeber:</b>	<b>Erlacher Höhe, 71577 Großarlach</b>
<b>Ansprechpartnerin:</b>	<b>Andrea Hohlweck, Öffentlichkeitsreferentin Tel. 0 71 93 / 57 - 117</b>
<b>verantwortlich:</b>	<b>Wolfgang Sartorius, Vorstand Tel. 0 71 93 / 5 7- 100</b>

**Datum und Zeit: 10.08.2010**

**Vielen Dank, wenn Sie unsere Arbeit durch Veröffentlichung unserer Pressemitteilung unterstützen. Haben Sie Fragen? Rufen Sie uns einfach an!**